

Unsicherheit in der deutschen Gesellschaft

Impuls-Referat¹ bei der Internationalen Konferenz der
Deutschen Ostasien Mission, Korea Peace Foundation und Tomisaka Center Tokyo
in Zusammenarbeit mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen

FRIEDEN und MENSCHLICHE SICHERHEIT:

Weltweite Unsicherheit und Gewaltüberwindung

Seoul, April 2008

Fernando Enns

Das Thema Sicherheit und Unsicherheit ist aufgrund der großen Bandbreite an Definitionen des Begriffs „Sicherheit“ in gesellschaftlichen, politischen, philosophischen und theologischen Diskussionen ein weites Feld. Gleichwohl taucht der Begriff recht häufig im öffentlichen Raum auf. Ich werde mit einigen Beispielen aus der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation in Deutschland beginnen, um die Bandbreite zu zeigen und einen Eindruck zu vermitteln, in welchen Bereichen des sozialen Lebens „Unsicherheit“ in Deutschland erfahren und diskutiert wird.

Im Folgenden werde ich dann versuchen, einen kurzen historischen Überblick über den Begriff „Sicherheit“ zu geben und die gegenwärtigen Erfahrungen zu interpretieren. Im Anschluss wird nach der Rolle der Kirchen in den sich entwickelnden politischen Diskussionen gefragt. Abschließend werde ich zwei diametral gegensätzliche Ansätze zur Diskussion stellen.

1. Unsicherheitsaspekte in der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft

a. Jugendgewalt (Jugendkriminalität)

Vor einigen Wochen schockierte ein Vorfall jugendlicher Gewalt die deutsche Gesellschaft: zwei junge Männer hatten ohne besonderen Grund einen alten Rentner in der Münchner U-Bahn derart geschlagen, dass dieser an den Folgen starb. Der Vorfall wurde mit einer Überwachungskamera gefilmt und im Fernsehen ausgestrahlt. Wir wurden Zeugen der unfassbaren Brutalität der jungen Männer. Die Menschen waren entsetzt und verwirrt. In Talk-Shows und Zeitungsartikeln wurde der Fall in aller Breite diskutiert, mit dem Ergebnis des allgemeinen Gefühls, dass Jugendkriminalität in der deutschen Gesellschaft Jahr für Jahr zunehme und die Gesellschaft sich dagegen verteidigen müsse. Einige Politiker nutzten den Fall für ihre Wahlkampagnen und forderten eine schärfere

¹ Übersetzung aus dem Englischen von Luise Albers.

Sicherheitsgesetzgebung und härtere Strafen für Jugendliche. Alle verlangten nach mehr Sicherheit.

Statistiken können allerdings einen anderen Trend beweisen: seit Jahren werden immer weniger Jugendliche kriminell oder gewalttätig.² Das Problem liegt anderswo: diejenigen, die kriminell werden, werden brutaler und gefährlicher. Aber die Medien und einige Politiker haben zu der Annahme beigetragen, wir würden zu einer immer unsichereren Gesellschaft.

b. Rassismus

Rassismus betrifft ein breites Spektrum unterschiedlich motivierter Handlungen. Hier einige jüngere und für die deutsche Gesellschaft sehr typische Beispiele³:

12. März: „Übergriff auf jungen Ausländer“ – In Braunschweig geschah ein fremdenfeindlicher Überfall, ein Siebzehnjähriger wurde durch einen Schlag auf den Kopf verletzt. Drei Verdächtige schlugen den Jungen mit einem Holzblock, nachdem er zu Boden gestürzt war. Die Polizei vermutet, dass die Verdächtigen der Neonazi-Szene angehören.

19. März: „Jüdischer Friedhof geschändet“ – Unbekannte Verdächtige haben mehrere Grabsteine auf einem Jüdischen Friedhof in Thallichtenberg (Rheinland-Pfalz) umgestoßen und Naziparolen und -symbole auf die Steine gesprüht. Die Polizei sucht nach den Verdächtigen.

Seit Monaten ist in den Medien eine breite Debatte im Gang, an der auch Intellektuelle beteiligt sind, ob und inwieweit der muslimischen Gemeinde in Köln erlaubt werden sollte, eine Moschee zu errichten. Die Frage stellt sich folgendermaßen: wie groß soll das Gebäude werden, wie hoch das Minarett. Die Politiker hatten zunächst ein großes Gebäude gestattet, aber die Umgebung und Menschen aus ganz Deutschland sprechen sich jetzt öffentlich dagegen aus. Sie befürchten, dass so eine Moschee nicht in eine deutsche Stadt wie Köln passe und den muslimischen Fundamentalismus in der Region bestärken und anziehen würde. (-In gewisser Weise lässt sich auch diese Debatte unter die Kategorie Rassismus zählen).

Die Bevölkerung fühlt sich insgesamt bedroht und unsicher, sowohl aufgrund der Präsenz von Ausländern und „Nicht-Christen“, als auch wegen der möglichen Reaktion aus der deutschen Gesellschaft. Dem allgemeinen Empfinden nach sind vor allem junge muslimische Männer ein großes Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft.

Tatsache ist: die meisten Bürger islamischen Glaubens sind in Deutschland geboren und aufgewachsen, sprechen deutsch und haben zum Teil die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie sind Kinder legaler Einwanderer, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland gekommen sind. Sie sind Teil der deutschen Gesellschaft – aber die Gesellschaft im Ganzen scheint diese Tatsache noch nicht realisiert zu haben.

² Vgl. die Studie im Auftrag von Bund und Ländern auf Grundlage der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS): „Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen“, 2006.

³ Alle Beispiele aus einer der größeren deutschen Tageszeitungen FRANKFURTER RUNDSCHAU.

c. „Krieg gegen den Terror“

Am 13. März in einer deutschen Zeitung: „Die ISAF bedauert den Tod von Afghanen.“ Soldaten der Internationalen Sicherheitstruppe haben versehentlich zwei Kinder und zwei Frauen im Süden Afghanistans getötet. Aufständische hatten versucht, ISAF- Soldaten zu beschießen, woraufhin diese zurückschlugen. Es sei eine „Tragödie“, dass dabei eine Gruppe Zivilisten unter Beschuss geriet.

Pakistanische „Sicherheitskräfte“ töteten bei einem weiteren Vorfall nahe der Grenze versehentlich elf Zivilisten, darunter zwei Frauen...

Obwohl die deutsche Verfassung unserem Militär nicht gestattet, außerhalb der eigenen Grenzen zu operieren und sein Mandat klar auf den Verteidigungsfall begrenzt ist, sind deutsche Militärkräfte Teil der Nato-Truppen (ISAF) im „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan, gestützt auf den „Bündnisfall“ und eine UN-Resolution. Das geht seit sechs Jahren so. Dieser Einsatz ist in der deutschen Gesellschaft nicht beliebt; zwei Drittel der Bevölkerung sind dagegen, aber das Parlament fährt fort, das Mandat Jahr um Jahr zu verlängern und verstärkt die Einsätze sogar noch. „Aus Sicherheitsgründen“, heißt es. „Unsere Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“, so lautet das oft wiederholte Zitat des früheren Verteidigungsministers (Peter Struck). Aus Sicherheitsgründen müssen wir den Terrorismus dort bekämpfen, wo er entstehe.⁴

d. Angst vor materieller (wirtschaftlicher) Unsicherheit

Die größte Angst der Deutschen ist Arbeitslosigkeit und der Verlust wirtschaftlicher Unabhängigkeit⁵. Die wirtschaftliche Globalisierung hat zu einem allgemeinen Eindruck von Unsicherheit geführt, zumal sie massive Arbeitslosigkeit hervorgebracht hat. Die Fernsehnachrichten werden von Wirtschaftsstatistiken dominiert, weit mehr noch als noch vor zwanzig Jahren. Aktienkurse werden bei jedem Thema mit bedacht. Den Menschen wird fortwährend erzählt, dass sie sich um ihre finanzielle Sicherheit und Altersvorsorge selbst kümmern müssen, denn die Regierung werde nicht länger in der Lage sein, diese Wohlstands-„Sicherheit“ zu gewährleisten. Dies trägt zu einer allgemeinen Nervosität bei und die Menschen investieren in Aktien, Versicherungen, Fonds. Es entsteht eine Atmosphäre allgemeiner Zukunftsangst.

2. Das legitime Sicherheitsbedürfnis

Unsicherheit drückt sich in Angst aus. Das Sicherheitsbedürfnis ist ein sehr grundlegendes und berechtigtes Bedürfnis aller Bürger! Begriffsgeschichte und -konzeption zeigen, dass diese Einsicht erst nach Jahrhunderten politischer Entwicklung gewonnen wurde. Das Lateinische *securitas* (se = ohne Cura, Sicherheit) ist philosophisch ausgedrückt eine geistige Bedingung der Freiheit von Schmerz und

⁴ Heute, am 25. März heißt es im Radio, dass einer unabhängigen Untersuchung zufolge Afghanistan jetzt unsicherer als der Irak ist. Noch unsicherer seien nur die besetzten Gebiete Palästinas und Somalia.

⁵ Vgl. z.B. „Die Ängste der Deutschen 2005“, R+V Infocenter für Sicherheit und Vorsorge, http://www.ruv.de/de/presse/r_v_infocenter/studien/aengste_deutsche_2005.jsp

Sorge – als Voraussetzung für ein glückliches Leben.⁶ Dieser Definition nach ist Sicherheit ein sehr stark subjektives Gefühl, geformt durch eine Umgebung objektiver und messbarer Umstände.

Im ersten (nachchristlichen) Jahrhundert wurde *securitas* zum Synonym für die *Pax Romana*, ein Zustand dauernder Sicherheit. Das weibliche *securitas*-Bild war während der Kaiserzeit Augustus` auf alle Münzen geprägt. Es lässt sich ein deutlicher Schritt zur Objektivierung der *securitas*-Vorstellung beobachten. Selbst als die ersten Christen diesen Ansatz als „Fahrlässigkeit“ und „Nachlässigkeit“ kritisierten – da sie es im Widerspruch zu dem erachteten, was sie *certitudo* nannten, das gläubige Vertrauen in Gott gegenüber allen irdischen Mächten und Gewalten – wurde der Begriff „Sicherheit“ dominant, einschließlich seiner positiven Konnotation.

Im Mittelalter wird „Sicherheit“ zum politischen Begriff – ohne klare Definition. Öffentliche Sicherheit ist die Pflicht des Staates. Die Regierung garantiert die Sicherheit ihrer Bürger gegen feindliche Aggressoren. Und die Bürger zahlen den Herrschenden dafür Geld. In der Jurisdiktion wird der Begriff immer präziser (Eidesformel, Garantien von Besitz, etc.).

In der Moderne rückt das freie Individuum in den Mittelpunkt, und Unsicherheit wird anders definiert: als Bedrohung des einzelnen Menschen durch ein anderes Individuum. Sicherheit heißt nicht nur Selbsterhalt sondern Selbst-Entfaltung. Immanuel Kant definierte den Staat als „Sicherheitsanstalt unter Gesetzen“⁷ – ein Verfassungsstaat anstelle der absolutistischen Regierungsformen, um Sicherheit zu gewährleisten. Das Objekt von Sicherheitskräften ist nicht das frei handelnde Individuum, sondern das gefährliche Individuum. Das brachte Friedrich Nietzsche auf den ironischen Kommentar: „Die Sicherheit betet man jetzt als die oberste Gottheit an... Es wimmelt von `gefährlichen Individuen`! Und hinter ihnen die Gefahr der Gefahren – das Individuum!“⁸

Das 20. Jahrhundert eröffnete in dieser Hinsicht eine weitere Phase. Der deutsche Schriftsteller Klaus Mann beschrieb die neue Situation folgendermaßen: Wir sind jetzt in der „sonderbaren Lage, ständing alles für möglich zu halten“.⁹ – Schutz vor innerer und äußerer Gefahr, soziale und technologische Unsicherheiten müssen durch die Regierung kompensiert werden. Deshalb wird soziale Sicherheit zum Hauptziel des modernen Wohlfahrtsstaates. Das Recht auf soziale Sicherheit wird eines der Menschenrechte in der UN-Charta von 1948¹⁰ und Sicherheit zu einem allgemeinen Wert der Gesellschaft.

Heute diskutieren die Vereinten Nationen richtigerweise das neue Konzept von „menschliche Sicherheit“ als vorrangiges Ziel gegenüber der „nationaler Sicherheit“ (UNDP-Programmatik). Der frühere Generalsekretär der VN Kofi Annan sagte in seinem Bericht über die Milleniumsziele 2005, in der heutigen Welt beruhe Sicherheit

⁶ Historisches Wörterbuch der Philosophie Bd. 9, 745.

⁷ Vgl. J.A.Bergk, Untersuchungen aus dem Natur/ Staats/ Völkerrecht (1796) 1975, 26.

⁸ Friedrich Nietzsche, Morgenröte III, 173. Krit. Ges.ausg., hg. Von G.Collin/M.Montinari (1971) 5/1, 154.

⁹ Klaus Mann, Heute und Morgen 1927, 13.

¹⁰ Vgl. Artikel 22: „Jeder hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit und Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit sowie unter Berücksichtigung der Organisation und der Mittel jedes Staates in den Genuss der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen, die für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlich sind“.

auf dem gemeinsamen Verständnis, dass solche Bedrohungen, die in einer Weltregion von höchster Priorität sind, zur Priorität für alle werden.¹¹

Natürlich kennen wir aus unserer deutschen Geschichte die Missbrauchsgefahr und die Ambivalenz von Sicherheit, wenn alle Gewalt einer absolutistischen Regierung überantwortet wird. Die „Schutzstaffel“ SS unter den Nationalsozialisten – ein brutales und barbarisches System; die Kräfte der Staatssicherheit („Stasi“) im sozialistischen Teil Deutschlands – ein Verschwörungssystem, haben die größten Gefahren sichtbar werden lassen, wenn eine Regierung hundertprozentige Sicherheit verspricht. Das Ergebnis waren eine immer weiter wachsende Unsicherheit und eine unglaubliche Angst.

Dieser sehr kurze historische Überblick zeigt: Das Sicherheitsbedürfnis wird als berechtigtes, legitimes Anliegen aller Bürger betrachtet! Dennoch bleibt die Frage: wie erlangen wir Sicherheit? Welches sind die legitimen Mittel? Und wie lässt sich Sicherheit messen? Wie ist die Beziehung zu anderen legitimen Werten?

Die Beispiele aus der gegenwärtigen Gesellschaft in Deutschland haben das aktuelle Problem genauer beleuchtet:

- a. Jugendgewalt: in unserer mediendominierten Gesellschaft ist der Sicherheitsgrad zu einer Frage der individuellen Wahrnehmung geworden. Selbst wenn die Forschungen und Statistiken uns die wachsende Sicherheit in unserer Gesellschaft vor Augen führen, fühlen sich Menschen jungen Kriminellen stärker ausgesetzt als vor einigen Jahren.
- b. Rassismus: In einer zunehmend globalisierten und komplexen Welt neigen Menschen zu Feindseligkeit gegenüber allen und allem, was anders, was fremd ist – selbst dann, wenn Menschen wissen, dass diese Komplexität auch eine Folge unseres ökonomischen Systems ist, das unserer Gesellschaft großen Wohlstand beschert hat.
- c. Terrorismus: Die internationale Politik neigt wieder zu größerer Bereitschaft zu Militäreinsätzen – gegen einen unbekanntes Feind, um der Sicherheit willen. Sogar gegen die Mehrheit ihrer eigenen Bürger wird versucht, ein Bild der Unsicherheit zu zeichnen, das es zu bekämpfen gilt – an so weit entfernten Orten wie Afghanistan. Nach und nach wird das Grundgesetz in Frage gestellt oder neu interpretiert. Mit der Angst der Menschen Politik zu machen, das ist zum vorherrschenden Werkzeug in demokratischen Wahlprozessen geworden.
- d. Ökonomie: das politische Werkzeug der Angstmacherei erweist sich in wirtschaftlichen Fragen als besonders wirksam. So lange wir in zwei konkurrierenden Systemen lebten – Kapitalismus gegen Kommunismus – mussten die westlichen Demokratien fortwährend beweisen, dass die Menschen im kapitalistischen System wirtschaftlich abgesicherter seien. Heute müssen diese Demokratien das nicht mehr beweisen, der Wohlfahrtsstaat ist zu einem System

¹¹ Kofi Annan, In größerer Freiheit. Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle, 2005.

geworden, das hohe individuelle Risiken einzugehen verlangt und so wiederum ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit schafft.¹²

Offenbar spielt die psychologische Dimension von Sicherheit und Unsicherheit eine wachsende Rolle in den westlichen Demokratien. Wenn Angst zum Leitaxiom des öffentlichen Raums wird, werden die Menschen dazu tendieren, eine stärkere Regierung zu fordern und der Regierung gestatten, alle möglichen Schritte hin zu mehr Sicherheit zu unternehmen. Aufgrund dieser Tatsache gibt es eine große Diskussion in der deutschen Gesellschaft, inwieweit wir bereit sind, individuelle Rechte, manchmal sogar menschliche Grundrechte, aufzugeben, um mehr öffentliche Sicherheit, vor allem wirtschaftliche Sicherheit, zu erlangen. In dieser Debatte ist noch nicht klar, wohin sie uns führt und inwieweit sie unser Gesellschaftssystem verändern wird. Meine Sorge ist, dass sie (1.) zu stark auf die Sicherheit von Deutschen konzentriert ist und (2.) das legitime Sicherheitsbedürfnis vor allem der wirtschaftlich Benachteiligten, national wie global, nicht berücksichtigt.

Meine einfache These lautet daher: **Jede Diskussion über menschliche Sicherheit (individuelle und gesellschaftliche) muss die Implikationen, die sich daraus für andere, überall auf der Welt ergeben, berücksichtigen, sonst führt sie in eine Spirale wachsender Unsicherheit. Der Grad an Sicherheit und Unsicherheit bemisst sich am Status der Schwächsten in der Gesellschaft – national und global.**¹³

3. Reaktionen aus der deutschen Politik

Um das Ausmaß der fortlaufenden Diskussionen in der deutschen Politik aufzuzeigen, möchte ich zwei Gebiete von höchster Wichtigkeit für unser Sicherheitsverständnis besonders hervorheben.

a. Militarisierung der inneren Sicherheit¹⁴

Seit den Attentaten in New York am 11. September und dem darauf folgenden sogenannten „Krieg gegen den Terror“ ist die Gefahr terroristischer Attentate ein Hauptargument für die Forderung nach einer Änderung der deutschen Verfassung. Angst- und Bedrohungsgefühle heizen die Diskussion der Frage an, ob die bisherigen Sicherheitsmaßnahmen – durch die Verfassung stark eingeschränkt – noch angemessen und für die „neuen Gefahren“ der Unsicherheit anwendbar sind.

Das deutsche Grundgesetz unterscheidet deutlich zwischen innerer und äußerer Sicherheit und den zulässigen Mitteln zum Erhalt derselben. Für den Bereich der inneren Sicherheit, im Selbstverteidigungsfall und als Nothilfe, sind Polizeikräfte (!) verpflichtet, das Leben jedes Individuums zu schützen und die Menschenwürde stets zu wahren. Dies setzt der Regierungsgewalt klare Grenzen. Bezüglich der äußeren Sicherheit müssen internationale Gesetze eingehalten werden; Militärhandlungen sind auf den Selbstverteidigungsfall

¹² Vgl. die Studien zur sog. „Risikogesellschaft“, allen voran Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1986.

¹³ Vgl. die Gerechtigkeitskriterien in der Theorie von John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/M 1975; Ders., Gerechtigkeit als Fairness. Ein Neuentwurf, Frankfurt/M 2006.

¹⁴ Vgl. Martin Singe, Die Militarisierung der Inneren Sicherheit; in: Friedensforum 1/2008, 21. Jg., 30f.

beschränkt. Im Inland sind keine Militärhandlungen erlaubt, einzige Ausnahmen sind Naturkatastrophen und Notstandsgesetze.

Gleichwohl agierten während des G8-Gipfels im letzten Sommer deutsche Truppen im Inland, um das Treffen gegen Protestierende und Demonstranten abzusichern. Dies stellte einen klaren Verstoß gegen die Verfassung dar und in deutschen Gerichten sind immer noch Verfahren bezüglich dieser Einsätze anhängig.

Politiker versuchen derzeit, die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit aufzuweichen. Lieblingsbeispiel ist folgendes: Terroristen entführen ein ziviles Flugzeug and drohen, es in ein Gebäude hineinzufiegen. In einer solchen Situation sollte es legitim sein, die militärische Flugabwehr zu Hilfe zu rufen, um das entführte Flugzeug abzuschießen, bevor es mehr Schaden anrichten kann. – Diese Forderung des Innenministers Schäuble wurde vom deutschen Verfassungsgericht zurückgewiesen, sie verstoße gegen das Grundgesetz. Aber die Diskussion dauert an.

Um größerer Sicherheit willen fordern Politiker eine Verfassungsänderung. Einsätze, die nur im Kriegsfall erlaubt waren, sollen nun auch im Friedensfall gestattet werden. Das ermöglicht es, im Falle des entführten Flugzeugs von „Kollateralschäden“, statt von „getöteten Männern und Frauen“ zu sprechen. Terroristen würden nicht länger als „Kriminelle“ erachtet, sondern als „Kombattanten“, wie im Fall des US-Gefangenenlagers Guantanamo, wo man nicht einmal die Anwendung der Genfer Konventionen für notwendig hält.

Noch begreifen die Menschen in Deutschland, dass dies eine Aushöhlung der ursprünglichen Intention unserer Verfassung bedeuten würde. Aber die fortlaufenden Diskussionen gewöhnen die meisten von uns an die Vermischung von Polizei- und Militärkräften: „Mit dem Eindämmen von Oderfluten und Schneeschippen fängt es an, mit der Fußball-WM und dem G-8-Gipfel geht es weiter – bis irgendwann die Verhängung von Kriegsrecht im Inneren möglich und akzeptabel wird“, so das Urteil eines Experte des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“ (Martin Singe).¹⁵

b. Das neue Konzept „vernetzter Sicherheit“ zur wirtschaftlichen Absicherung

Im Oktober 2006 verkündete die deutsche Regierung ein neues Leitkonzept „vernetzter Sicherheit“.¹⁶ Ziel ist eine funktionale und regionale „Entgrenzung“ der Akteure. Dies werde notwendig, so wird der Öffentlichkeit vermittelt, weil die Sicherheit in Deutschland nicht länger nur durch Militäreinsätze aus dem Ausland bedroht werde, sondern es gäbe „gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle“ Gefahren inner- und außerhalb Deutschlands, die darum an ihrem Entstehungsort bekämpft werden müssten – bundesweit und in der globalen Arena.

Es folgt der Vorschlag, die verschiedenen Sicherheitskräfte zu vernetzen – andere Akteure als die Militärkräfte sollen bei Militäreinsätzen beispringen und den deutschen Truppen soll der Einsatz im Inland ermöglicht werden. Als dieser Vorschlag aus den Reihen der Regierungspartei (CDU) kam, sagte unsere Kanzlerin Angela Merkel: "Die alte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit ist von gestern (...). Vielfältige und unberechenbare

¹⁵ Martin Singe (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Die Militarisierung der Inneren Sicherheit; in: Friedensforum 1/2008, 30.

¹⁶ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 2006 – Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr; Berlin 2006.

Bedrohungen nichtstaatlicher Akteure fordern das staatliche Gewaltmonopol heraus. Ob völkerrechtlicher Angriff oder innerstaatliches Verbrechen, ob Kombattant oder Krimineller, ob Krieg oder Frieden: Die überkommenen Begriffe verlieren ihre Trennschärfe und damit ihre Relevanz. Der neue Terrorismus lässt die traditionelle Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen."¹⁷

Auch das steht klar im Widerspruch zum Urteil des höchsten Gerichtshofes in Deutschland¹⁸: "Der Einsatz der Bundeswehr zur Verteidigung ist mithin stets nur als Abwehr gegen einen militärischen Angriff („armed attack“ nach Art. 51 UN-Charta) erlaubt, jedoch nicht zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung ökonomischer oder politischer Interessen."

4. Und die Stimme der Kirchen?

Ähnlich den ersten Christen kritisierte auch Martin Luther in der Reformationszeit die *securitas*-Vorstellung. Und Johannes Calvin nannte sie sogar eine verdammenswerte Selbstberuhigung und Unbekümmertheit der Seele. Hingegen bekräftigte er die Notwendigkeit der Glaubens-*certitudo*.¹⁹

In der theologischen und philosophischen Diskussion blieb *securitas* immer ambivalent: im Einverständnis mit der Verpflichtung des Staates, die Grundbedürfnisse seiner Bürger zu befriedigen, aber hinterfragend, inwieweit *securitas* überhaupt möglich sei, auch die Mittel zu ihrer Erreichung hinterfragend und der Debatte die geistige Dimension der *certitudo* hinzufügend.

Die Lehren Jesu im Neuen Testament sprechen nicht von *securitas*, sondern betonen die *certitudo*: die Gewissheit, dass Gott selbst für die „Lilien auf dem Felde“ (Mt 6,28) sorgt. Menschliches Sicherheitsstreben wird radikal als engstirnig demaskiert, als Erweis von Kleingläubigkeit und als Ablenkung von der Berufung, Kinder Gottes zu sein. Niemand würde die legitime Forderung nach Sicherheit in Situationen der Schwäche und Wehrlosigkeit leugnen. Insbesondere die Hebräische Bibel spricht eindeutig von dieser Verantwortung für andere, Schwächere. (Ich erinnere an mein These, dass der Grad an Sicherheit und Unsicherheit sich am Status der Schwächsten in der Gesellschaft bemisst – national und global).

In dieser Hinsicht verstehe ich, was Dietrich Bonhoeffer bei der Ökumenischen Konferenz auf Fanö 1934 sagte: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Wie wird Friede? Durch ein System von politischen Verträgen? Durch Investierung internationalen Kapitals in den verschiedenen Ländern, d.h. durch die Großbanken, durch Geld? Oder gar durch eine allseitige friedliche Aufrüstung zum Zweck der Sicherstellung des Friedens? Nein, durch dieses alles aus dem einen Grunde nicht, weil hier über Friede und Sicherheit verwechselt wird. Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit. Denn Friede muss gewagt werden, ist das eine große Wagnis, und lässt sich nie und nimmer sichern. Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Sicherheiten fordern heißt Misstrauen haben, und dieses Misstrauen gebiert wiederum Krieg. Sicherheiten suchen

¹⁷ Zitiert nach Michael Haid, „Die alte Trennung von innerer und äußerer Trennung ist von gestern“; in: Friedensforum 1/2008, 21. Jg., 32.

¹⁸ Bundesverwaltungsgericht, im sog. Pfaff-Urteil vom 21. Juni 2005.

¹⁹ Calvin, Institutio Christ. 1541

heißt sich selber schützen wollen. Friede heißt sich gänzlich ausliefern dem Gebot Gottes, keine Sicherung wollen, sondern in Glaube und Gehorsam dem allmächtigen Gott die Geschichte der Völker in die Hand legen und nicht selbststüchtig über sie verfügen wollen....²⁰

Frieden ist das Gegenteil von Sicherheit – behauptet der junge Theologe Bonhoeffer provokativ. Wenn dieser Schluss theologisch zulässig ist, dann sollte man die Kirchen in dieser Weise Position beziehen sehen. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat jüngst eine Friedenserklärung herausgegeben²¹, nach Jahren von Expertendiskussionen, angesichts der neuen Gegebenheiten von Terrorismus, sog. „failing states“, internationaler Gesetzgebung und Globalisierung. Der Titel „Aus Gottes Frieden leben – Für gerechten Frieden sorgen“ ist vielversprechend, da er etwas über die verschiedenen Friedensdimensionen aussagt, die geistige als Grundlage für die praktische und politische.

Gleichwohl muss es überraschen, wie wenig dieser multidimensionale Ansatz auf die Sicherheitsdebatten bezogen wird. Es wird deutlich gesagt, dass Institutionen und Handlungsweisen für den Frieden sich daran bemessen lassen müssen, ob sie einen Zugewinn für die Sicherheit der Menschen vor Gewalt und Not darstellen, Entfaltungsmöglichkeiten fördern, kulturelle Vielfalt anerkennen und damit zur Friedensförderung weltweit beitragen. Die Erklärung fügt hinzu, dass Militäreinsätze kein Weg zur Sicherung der legitimen Bedürfnisse nach natürlichen Ressourcen sein dürfen²², aber sie spricht nicht über die geistige Dimension der Gewissheit²³ – als ob diese für Entscheidungen hinsichtlich der Sicherheitspolitik irrelevant wäre. Lediglich in einer Fußnote (des 140seitigen Dokuments) finden wir den Hinweis, dass in ökumenischen europäischen Diskussionen betont wird, dass aus christlicher Sicht eine umfassende und absolute Sicherheit niemals zu gewinnen sei. Das menschliche Leben sei vielmehr immer mit Verletzlichkeit verbunden. Friede und Gewaltfreiheit müssten deshalb *riskiert* werden. Die Erklärung fährt fort, damit werde dem Konzept der »menschlichen Sicherheit« nicht widersprochen, es werde aber aus einer anderen Perspektive in den Blick genommen.²⁴

Die EKD-Friedenserklärung von 2007 glaubt an Friedensförderung und Sicherheit durch das Prinzip gesetzlicher Absicherung. Die Unterscheidung von *securitas* und *certitudo* fehlt. Der Gewissheitsbegriff taucht überhaupt nicht auf. Das theologische Problem, auf das Bonhoeffer aufmerksam machte, wird nicht einmal erörtert.

Schon 1983 – mitten im Kalten Krieg – kommentierte Erhard Eppler, der frühere Minister für Entwicklungszusammenarbeit, die schwache Stimme der Kirchen: Es scheine, als sei der Friede in der Kirche wichtiger als das Zeugnis vom Frieden Gottes; als sei die Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung der restlichen Gesellschaft (dass Sicherheit höchste Priorität habe und ihre Aufrechterhaltung alle Mittel legitimiere) wichtiger, als das Vertrauen in Gottes Liebe und Fürsorge, wichtiger als den Mächtigen die Wahrheit zu sagen über die Grenzen der von Menschen gemachten Sicherheit.²⁵ Eppler bezog sich auf die Debatte in den deutschen protestantischen Kirchen während des Kalten Krieges, ob

²⁰ Dietrich Bonhoeffer, Kirche und Völkerwelt (1934); in: Dietrich Bonhoeffer Werke (DBW) Bd.13, London 1933-1935, Gütersloh: Kaiser/Gütersloher 1994, 303ff.

²¹ „Aus Gottes Frieden leben – Für gerechten Frieden sorgen“. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2007.

²² Vgl. §§ 75, 87, 101, 124, 152, 187, 197

²³ Ebd., S.23.

²⁴ Ebd., S.13.

²⁵ Erhard Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit, 1983.

Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen legitime Mittel zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Frieden seien.²⁶

Die Protestantische Kirche im sozialistischen Ostdeutschland war viel klarer in ihrer Aussage: „Die Absage an Geist und Logik der Abschreckung wirft theologische Grundfragen auf“.²⁷ Und der Bund Reformierter Kirchen ging so weit zu sagen: „Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist uns der *status confessionis* gegeben, weil es in der Stellung zu den (sic. der eigenen) Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht. Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Bejahung oder auch nur Duldung eines ‚Sicherheitssystems‘, das auf Kosten der Hungernden und Elenden der Erde und um den Preis ihres Todes erhalten wird.“²⁸

Noch einmal Erhard Eppler: „Es geht letztlich darum, ob die Kirche, was sie sagt, selbst so ernst meint, dass daraus auch ein eindeutiges Nein zu einer ganz bestimmten Politik folgen kann.“²⁹ „Nichts kann heute den Frieden garantieren. Aber damit ist noch lange nicht alles, was wir tun oder unterlassen, gleich richtig und gleich falsch.“³⁰ „Wo steht denn geschrieben, Christen sollten zuerst nach der perfekten Sicherheit trachten? Gehört nicht Sicherheit, das, was Menschen an – relativer – Sicherheit zukommt, zu dem, was ihnen ‚zufällt‘, wenn sie nach Anderem, Wichtigerem trachten?“³¹ „Ein unaufhebbarer Rest an Unsicherheit gehört zur *conditio humana*, zu den Bedingungen menschlichen Lebens. Wer diesen Rest leugnen oder gar tilgen will, sichert unser Leben nicht, er zerstört es.“³²

In zweierlei Hinsicht sehe ich Bedarf für die Stimme (oder gar das Bekenntnis) der Kirchen in der aktuellen politischen Debatte:

1. Als Erinnerung an den Unterschied zwischen Sicherheit und Gewissheit und die Bedeutung ihrer (theo-)logisch sachgemäßen Reihenfolge
2. als Stimme für die Schwächsten in jeder Gesellschaft und der ganzen *oikoumene*: jede Handlung hin auf mehr Sicherheit muss an ihren Implikationen gemessen werden, die sie für alle, und zu allererst für die Schwächsten hat.

²⁶ Vgl. Heidelberger Thesen von 1959.

²⁷ Synode des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR 1982; in: epd-Dokumentation 47/82, 30.

²⁸ Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche, Gütersloh 1982, 8.

²⁹ Erhard Eppler, Die tödliche Utopie der Sicherheit, 1983, 137.

³⁰ Ebd., 139.

³¹ Ebd., 140

³² Ebd., 9.

ZUR DISKUSSION:

**5. Die *Securitas*-Utopie – der Zirkel der Gewalt
und die *Certitudo*-Realität – der Weg der Gewaltfreiheit**



